

Deutschland-Göppingen: Dienstleistungen von Ingenieurbüros
OJ S 110/2023 09/06/2023
Auftragsbekanntmachung
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Stadtwerke Göppingen
Postanschrift: Großeislinger Straße 30
Ort: Göppingen
NUTS-Code: DE114 Göppingen
Postleitzahl: 73033
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Städtische Vergabestelle
E-Mail: vergabestelle@goeppingen.de
Telefon: +49 7161650-3910
Fax: +49 7161650-3909
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <http://www.goeppingen.de>

I.3. Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.vergabe24.de/vergabeunterlagen/54321-Tender-1887baaaa81-48ccf135a3717bf5>
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.vergabe24.de>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Regional- oder Kommunalbehörde

I.5. Haupttätigkeit(en)

Allgemeine öffentliche Verwaltung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Sanierung Schulbad - Fachplanung Technische Ausrüstung AG 4+5
Referenznummer der Bekanntmachung: SGOEP-2023-0050 / L-345-83-23

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Die Stadtwerke Göppingen planen die Sanierung der Schulbads Göppingen. Die Schwimmhalle in der Dürerstraße ist ein 1976 neu errichteter Anbau an das um 1957 bis 1959 errichtete Schulgebäude der Architekten Behnisch und Lambert. Das Schulgebäude steht unter Denkmalschutz, die Schwimmhalle selbst ist nicht Teil des Baudenkmals.

Folgende Maßnahmen sind geplant:

- Installation einer neuen Innendecke, Austausch der darin befindlichen Haustechnik, Erneuerung Warmwasserbereitung, Einbau Behinderten-WC (Abschnitt 1)
- Aufbau einer energetischen Dachabdichtung: Dämmung sowie Ertüchtigung des Daches zur Installation einer Photovoltaikanlage
- Aufwertung des Schwimmbeckens: Auskleidung des bisherigen Fliesenbeckens in Edelstahl und Einbau eines höhenverstellbaren Hubbodens

Mit der Planung soll im nach Abschluss des Verfahrens begonnen werden.

Die Bauausführung soll im Quartal 2-4 im Jahr 2024 stattfinden

Gesamtbaukosten: ca 3,0 Mio. € netto

II.1.5. Geschätzter Gesamtwert

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE114 Göppingen

Hauptort der Ausführung: Schulbad Göppingen Dürerstraße 38 73033 Göppingen

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Fachplanung Technische Ausrüstung AG 4+5 gemäß § 55 HOAI 2021

Leistungsphasen 2 - 9

II.2.5. Zuschlagskriterien

Die nachstehenden Kriterien

Qualitätskriterium - Name: Projektteam (Erfahrung und Qualifikation) / Gewichtung: 40,00

Qualitätskriterium - Name: Organisation, Projektabwicklung und Verfügbarkeit / Gewichtung: 30,00

Preis - Gewichtung: 30,00

II.2.6. Geschätzter Wert

II.2.7. Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems

Laufzeit in Monaten: 24

Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.10. Angaben über Varianten/Alternativangebote

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: nein

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1. Teilnahmebedingungen

III.1.1. Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

- Nachweis mindestens von einem Inhaber oder Führungskraft des Unternehmens über die Mitgliedschaft in der Ingenieurkammer oder der Besitz einer entsprechenden Qualifikation (Mindestbedingung Dipl.-Ing./Master Fachrichtung Elektrotechnik, Maschinenbau oder Vergleichbares)

III.1.2. Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

b) § 45 Abs. 1 Nr. 3 VgV: Eigenerklärung über den Bestand einer Berufshaftpflichtversicherung (Ausschlusskriterium),

c) § 47 VgV: Verpflichtungserklärung Eignungsleihe (Ausschlusskriterium)

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Zu b) Gefordert wird eine Berufshaftpflichtversicherung mit 2.500.000 EUR Deckungssumme für Personenschäden und 2.500.000 EUR Deckungssumme für Sachschäden mit Nachweis der Maximierung der Ersatzleistungen auf mind. das Zweifache der Versicherungssumme pro Jahr. Für den Zeitraum der Bewerbungsphase ist eine Eigenerklärung des Bewerbers ausreichend, welche die geforderte Deckungssumme im Auftragsfall zusichert. Im Auftragsfall muss die entsprechende Haftpflichtpolice vorgelegt werden.

III.1.3. Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

d) § 122 Abs. 2 Nr. 3 GWB i.V.m. § 46 Abs. 3 Nr. 8 VgV: Zahl der technischen Beschäftigten als Mittel der letzten 3 Geschäftsjahre,

e) § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV: 2 vergleichbare Referenzprojekte

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

zu e)

Referenzprojekt 1:

- Das Referenzprojekt muss mindestens in die Honorarzone II gemäß Anlage 15.2 HOAI eingeordnet sein.

- Inbetriebnahme ab dem 01.01.2018 und vor Einreichungsfrist des Angebots.

- Für das Referenzprojekt müssen mindestens 70 Leistungspunkte gemäß § 55 HOAI erbracht worden sein.

- Bei dem Auftraggeber muss es sich um einen Öffentlichen Auftraggeber gemäß § 99 handeln

- Bei dem Referenzprojekt muss es sich um eine Sanierung oder Modernisierung handeln (Sanierungsanteil mind. 80%) handeln.

Referenzprojekt 2:

- Das Referenzprojekt muss mindestens in die Honorarzone II gemäß Anlage 15.2 HOAI eingeordnet sein.

- Inbetriebnahme ab dem 01.01.2018 und vor Einreichungsfrist des Angebots.
- Für das Referenzprojekt müssen mindestens 70 Leistungspunkte gemäß § 55 HOAI erbracht worden sein.
- Bei dem Auftraggeber muss es sich um einen Öffentlichen Auftraggeber gemäß § 99 handeln.
- Bei dem Referenzprojekt muss es sich um ein Schwimmbadprojekt handeln.

III.2. Bedingungen für den Auftrag

III.2.2. Bedingungen für die Ausführung des Auftrags

- f) § 123 und § 124 GWB: Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe gemäß § 123 und § 124 GWB bestehen (Ausschlusskriterium, bei den Ausschlussgründen gemäß § 124 GWB entscheidet die Vergabestelle über den Ausschluss),
- g) § 6 Abs. 2 VgV: Eigenerklärung zur Vermeidung von Interessenskonflikten (Ausschlusskriterium),
- h) § 73 Abs. 3 VgV: Eigenerklärung zur Unabhängigkeit von Ausführungs- und Lieferinteressen (Ausschlusskriterium),
- i) Eigenerklärung Mindestlohn: Eigenerklärung, dass bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht (Ausschlusskriterium),
- j) Russland-Sanktionen: Eigenerklärung, dass keine Gründe für eine Sanktionierung bestehen. (Ausschlusskriterium),
- k) § 43 Abs. 2 + 3 VgV: Bieter- und Bergewerkgemeinschaften sind grundsätzlich zugelassen. Die Bergewerkgemeinschaft besteht im Falle der Aufforderung zur Angebotsabgabe als Bietergemeinschaft fort und wird im Falle der Zuschlagserteilung als Arbeitsgemeinschaft mit gesamtschuldnerischen Haftung tätig. Im Teilnahmeantrag sind alle Mitglieder der Bergewerkgemeinschaft anzugeben, eines davon ist als bevollmächtigter Vertreter zu benennen.

III.2.3. Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Offenes Verfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.2. Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 11/07/2023 Ortszeit: 10:30

IV.2.3. Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

IV.2.4. Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können

Deutsch

IV.2.6. Bindefrist des Angebots

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 22/08/2023

IV.2.7. Bedingungen für die Öffnung der Angebote

Tag: 11/07/2023 Ortszeit: 10:30

Angaben über befugte Personen und das Öffnungsverfahren: entfällt

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1. Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3. Zusätzliche Angaben

Das Angebot ist elektronisch in Textform nach § 126b BGB abzugeben. Dies bedeutet, dass der Name des Bieters sowie der Name des Erklärenden in Druckbuchstaben im Tabellenblatt "Bieter" angegeben sein muss. Dies muss nicht händisch erfolgen, die direkte Eingabe in die Excel-Datei ist ausreichend. Fehlt an dieser Stelle der Name des Bieters/der Bietergemeinschaft sowie der Name des Erklärenden wird das Angebot vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

Das Angebot ist in Textform nach § 126b BGB über die Vergabeplattform Vergabe24 abzugeben. Einsendungen per Post, Fax oder E-Mail werden nicht berücksichtigt.

Rückfragen sind über die Vergabeplattform zu stellen.

Bietergemeinschaften sind grundsätzlich zugelassen.

Eine Bewerbung in einer Bietergemeinschaft schließt eine zusätzliche Einzelbewerbung aus und umgekehrt.

Eine Bewerbung als Einzelbieter oder in einer Bietergemeinschaft schließt eine zusätzliche Bewerbung als Subunternehmer aus.

Mehrfachbewerbungen als Subunternehmer bei unterschiedlichen Einzelbieter bzw. Bietergemeinschaften sind zugelassen.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Baden-Württemberg beim Regierungspräsidium Karlsruhe

Postanschrift: Durlacher Allee 100

Ort: Karlsruhe

Postleitzahl: 76137

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@rpk.bwl.de

Telefon: +49 721926-8730

Fax: +49 721926-3985

Internet-Adresse: www.rp-karlsruhe.de

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Es gelten die Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Hinsichtlich der Einleitung von Nachprüfungsverfahren wird auf § 160 GWB verwiesen. Dieser lautet:

- (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein,
- (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriften geltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht,
- (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit:
 - 1) Der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat,
 - 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
 - 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
 - 4) Mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Hinsichtlich der Information nicht berücksichtigter Bieter und Bewerber gelten die §§ 134, 135 GWB.

Insbesondere gilt:

Bieter, deren Angebote für den Zuschlag nicht berücksichtigt werden sollen, werden vor dem Zuschlag gemäß § 134 GWB darüber informiert. Das gilt auch für Bewerber, denen keine Information über die Ablehnung ihrer Bewerbung zur Verfügung gestellt wurde, bevor die Mitteilung über die Zuschlagsentscheidung an die betroffenen Bieter ergangen ist.

Ein Vertrag darf erst 15 Kalendertage nach Absendung dieser Information durch den Auftraggeber geschlossen werden; bei Übermittlung per Fax oder auf elektronischem Wege beträgt diese Frist 10 Kalendertage.

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

05/06/2023